

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Foto: pixelio/M. Gromann

In dieser Ausgabe:

Bildungs-Chipkarte

Ungarn

Umweltpolitik

Stuttgart 21

Bahnchef Grubes WIDERSTANDSRECHT

Inhalt

Ursulas Märchen von der Chipkarte.....Seite 3
 Diana Golze

Weiterer Rechtsruck in Ungarn.....Seite 4
 Thomas Nord

Und wenn der letzte Fisch gefangen.....Seite 6
 Dr. Kirsten Tackmann

Über parlamentarische Sperenzchen und biologische VielfaltSeite 7
 Sabine Stüber

Demokratie bei Stuttgart 21 beginnt mit Baustopp.....Seite 8
 Dr. Dagmar Enkelmann

Bahnchef Grubes Widerstandsrecht.....Seite 9
 Wolfgang Nešković

Reden der Landesgruppenmitglieder.....Seite 10

PressemitteilungenSeite 11

Parlamentarische Initiativen der Linksfraktion.....Seite 12

20 Jahre Deutsche Einheit - Eine kurze BilanzSeite 16
 Thomas Nord

KontaktSeite 17

ImpressumSeite 18



Ursulas Märchen von der Chipkarte

von Diana Golze

Glaubt man der Ministerin Ursula von der Leyen, wird mit den neuen Regelungen für Kinder aus Familien im Hartz IV –Bezug alles gut. Bildung werden sie haben, warmes (fast) kostenloses Schulessen werden sie kriegen und jemanden, der schaut, ob das nun alles auch dem Bedarf (der dann Förderbedarf heißt) des Kindes entspricht. Das Beste ist, dass das Geld, welches der Vater Staat oder besser die Gutfrau der Nation in die Hand nimmt, auch wirklich bei den Kindern ankommt.

Schaut man genauer hin, entpuppt sich all das als großes Luftschloss. Die Chipkarten bzw. Gutscheine werden einen immensen bürokratischen Aufwand mit sich bringen. Mit gerade mal 10€ monatlich sollen davon Freizeitgestaltung, außerschulische Bildungsangebote, sportliche Aktivitäten und schließlich noch kulturelle Bildung – wie Musikunterricht finanziert werden. Mit Realität hat das nicht viel zu tun. Das warme Schulessen gibt es nirgendwo für die 2€, die Frau von der Leyen dafür errechnet hat und kommt obendrein nur den ca. 20% Schulkindern zu Gute, die überhaupt ein solches Angebot an ihrer Schule oder Kita haben. Die Entscheidung darüber, wie viel ein Kind überhaupt von all diesen Angeboten bekommt und obendrein welche, soll nach jüngsten Planungen die Arge bzw. der zuständige Fallmanager treffen, der weder fachlich dafür ausgebildet ist, noch ausreichende Zeit für so wichtige weil entscheidende Fragen hat.

Die Leidtragenden bei all dem sind die Kinder. Denn Ihnen werden auch weiterhin Türen verschlossen bleiben, Bildungschancen nicht gewährt und somit Zukunftschancen genommen werden. Frau von der Leyen hat einen Regelsatz nach Kassenlage zusammengeschustert, der nichts mit den tatsächlichen Bedürfnissen und Bedarfen von Kindern zu tun hat.

Was diese Kinder benötigen, ist eine Existenzsicherung, die sich an dem orientiert, was sie brauchen. Das was die Arbeitsministerin vorgelegt hat, erreicht diese Aufgabenstellung nicht einmal annähernd.

Darum fordert DIE LINKE weiterhin: Die Berechnung der Kinderregelsätze muss durch eine unabhängige Kommission erfolgen. Bis ein eigenständiger Regelsatz für unter 18-jährige erstellt ist, müssen die Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes angewendet werden, die in ihrer Höhe das Minimum dessen absichern, was sie für ihre Entwicklung benötigen.





Weiterer Rechtsruck in Ungarn

von Thomas Nord

Aktuelle Berichte aus Ungarn beschäftigen sich zumeist mit der Farbe Rot. Rücksichtslose Kapitalinteressen und mangelnde Kontrolle haben am 04. Oktober zum größten Chemieunfall in der Geschichte des Landes geführt und den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie erneut deutlich gemacht. Auf einer Fläche von fast 40 Quadratkilometern färbte der hochgiftige Schlamm die Umwelt in tiefes Rot.

Dominiert wird das politische Ungarn aber von einer anderen ganz Farbe. Nämlich Orange. Die schmückt das Symbol der Partei "Bund Junger Demokraten" (Fidesz), welche das Land seit den Parlamentswahlen im April 2010 regiert. Auch bei den Kommunalwahlen vom 3. Oktober konnte Fidesz dieses Ergebnis bestätigen. Knapp die Hälfte aller abgegebenen Stimmen konnten die ungarische

Regierungspartei und ihre Partner auf sich vereinigen. Ministerpräsident Viktor Orban sah gar eine historische Dimension im Ergebnis der Kommunalwahlen: "Dieser Sieg schließt den 1990 mit dem Fall des Kommunismus eingeleiteten Systemwechsel ab", sagte Orban in Budapest. Ein Systemwechsel, der offenbar einem längst überwunden geglaubten Nationalismus Tür und Tor öffnet.

Erst kürzlich zeigte Orban mit der Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft an ethnische Ungarn in den Nachbarländern ein markant nationalistisches Profil. Kritiker werfen seiner Partei auch vor, durch neue Medien- und Wahlgesetze die demokratischen Grundrechte im Lande einschränken zu wollen. Im Fahrwasser der Rechtskonservativen konnte sich zudem die Partei "Die Besseren" (Jobbik) erneut mit fünf Prozent

der Stimmen profilieren. Jobbik ist der politische Arm einer paramilitärischen Gruppierung, hetzt gegen das "jüdische Kapital" und träumt von einem neuen "Großungarn". Sie ging erneut mit Roma-feindlichen Parolen auf Stimmenfang. Zum Teil mit Erfolg. In zwei Bezirken blieb sie zweitstärkste Kraft vor den Sozialisten der MSZP. Die konnten zwar insgesamt den zweiten Platz erringen, es gingen aber 2/3 der ihr 2006 verbliebenen Bürgermeister verloren, nur noch 8,62 Prozent wählten die Partei.

Ein stärkere sozialistische Partei wird dagegen auch in den kommenden Jahren kaum zu erwarten sein. Mehrere Politiker der MSZP kündigten an, die Vereinigung verlassen zu wollen. Ein Umbau ist auch dringen nötig, sehen doch Beobachter die Gründe für den Niedergang vor allem in der Förderung von

Wirtschafts- und Kapitalinteressen, die nicht unbedingt dem Land, sondern oftmals Parteikadern nutzen.



Viktor Orban bei einer Kundgebung

Und wenn der letzte Fisch gefangen...

von Dr. Kirsten Tackmann

Nein, so weit wird es hoffentlich nicht kommen. Aber um viele Fischbestände in Europa und weltweit steht es nicht gut. Das hat auch die Europäische Kommission erkannt und dazu ein „Grünbuch“ zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) geschrieben, das ungewöhnlich offen die großen Probleme benennt und Korrekturen anmahnt. Im Grünbuch werden die Probleme benannt, die durch nachhaltige Fischereipolitik gemeinsam in der EU angegangen werden müssen!

Seit Jahrzehnten wurden deutlich mehr Fische aus Ostsee, Nordsee, dem Mittelmeer und den anderen europäischen Gewässern gefangen, als die Wissenschaft empfohlen hat. Die meisten Fische werden gefangen, bevor sie sich fortpflanzen konnten. Nachhaltige Fischerei heißt aber bestandserhaltend zu fischen. Das wird beschrieben mit dem „MSY- Faktor“ (maximum sustainable yield). Er bezeichnet die optimale jährliche Fangmenge, die die Fortpflanzungsfähigkeit des jeweiligen Bestandes in der Zukunft nicht gefährdet. Doch bis zu 80% der europäischen Bestände werden nicht nachhaltig befischt. Besonders die sich nur sehr langsam vermehrenden Fischarten wie Schwert- oder Thunfisch sind schnell in ihrem Bestand gefährdet. Der Thunfisch aus dem Mittelmeer steht kurz vor dem Aussterben. Wie hoch oder niedrig die jeweiligen Fischbestände tatsächlich sind, aus denen sich die Fangquoten berechnen, ist schwer abzuschätzen. Aber es gibt auch Defizite in der wissenschaftlichen Begleitung des „nachhaltigen Fischereimanagements“.

Ein weiteres Problem sind die sogenannten Beifänge – Fische und anderes Meerestier, das „nebenbei“ und ungewollt in die Netze geht. Selbst wenn wir „nur“ vor unsere Haustür schauen und nicht die 300.000 Wale, 300.000 Seevögel, Mil-

lionen Haie und 250.000 Meeresschildkröten betrachten, die nach WWF Schätzung jährlich der Fischerei zum Opfer fallen, ist die Angelegenheit ernst.

Die Gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Kommission will Schädigungen am Ökosystem Meer verhindern. Aber es geht auch um die Menschen, die in der Fischereiwirtschaft ihr Auskommen haben. Immer wieder sieht sich die EU mit dem Protest der Fischerinnen und Fischer konfrontiert. An den Küsten ist der Fischfang oftmals die wichtigste Einkommensmöglichkeit. Viele kleine Fischereibetriebe mussten dicht machen und betreiben nur noch eine – für den Tourismus attraktive – Museumsfischerei. Doch der Schutz der Fische von heute ist der Schutz der Arbeit der Fischerinnen und Fischer von morgen. Diese einfache Regel lässt sich zwar schwer in Verordnungen, Fischereitagen, Maschengrößen und Strafen gegen illegalen Fischfang formulieren, muss aber durchgesetzt werden. Die EU muss einerseits ihre Fischbestände schützen – also wenn nötig Fangquoten senken, Beifänge reduzieren, Flotten-Überkapazitäten abbauen, illegale Fischerei bekämpfen. Andererseits müssen die damit verbundenen sozialen Probleme gelöst werden – also sozialverträgliche Ausstiegshilfen, alternative Arbeitsplätze.

Das war am Mittwoch Anlass, im Bundestag für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Auswirkungen der Gemeinsamen Fischereipolitik und die Fangquoten für das kommende Jahr in der Ostsee zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass wir uns auch im Bundestag viel stärker den Problemen der Fischerei widmen müssen. Daher werden DIE LINKE, die Grünen und die SPD gemeinsam eine Anhörung zur Reform der gemeinsamen EU-Fischereipolitik beantragen.

Über parlamentarische Sperenzchen und biologische Vielfalt

von Sabine Stüber

Über all dem Hin und Her, wie man die Laufzeitverlängerung für AKW am Bundesrat vorbei mogeln kann, hatte die Koalition die Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt vom 18. bis 29. Oktober in Japan offensichtlich beinahe vergessen.

Ein Antrag der Grünen sollte Prioritäten für die Vorbereitung der internationalen Konferenz zur biologischen Vielfalt setzen. Wir haben den Antrag unterstützt. Seit Juni wurde er im Umweltausschuss mehrfach hin und her verschoben, am Mittwoch gerade mal wieder nicht behandelt. Jetzt, wie Phönix aus der Asche, tauchte diese Woche die Ankündigung eines Antrages der CDU/CSU-Fraktion zur biologischen Vielfalt auf, zur sofortigen Abstimmung für Donnerstag in der Tagesordnung des Bundestages.

Immerhin! Aber eigentlich war es zu spät, um der Bundesregierung noch einen parlamentarischen

Auftrag für Nagoya mitzugeben. Wir haben in diesem Jahr schon öfter über biologische Vielfalt gesprochen – sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen. Was Frau Merkel allerdings nun wirklich im Gepäck für Japan hat? Wir als Bundestagsabgeordnete wissen es nicht. Doch es geht mir noch um etwas ganz anderes, um Ignoranz und den Umgang der Abgeordneten untereinander. Am Mittwoch bekamen wir den Antrag in Textform zugesandt. Und siehe da, nun war es ein gemeinsamer Antrag aller anderen Fraktionen. Wir wären als DIE LINKE gerne eine der antragstellenden Fraktionen gewesen. Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Bundestages wäre der Problematik angemessen. Denn: Es geht bei dem Verlust der biologischen Vielfalt nicht mehr nur um das Tafelsilber, das verspielt wird. Es geht längst um unser Haus, in dem wir wohnen, es geht um unsere Zukunft. Da ist Ausgrenzung nur noch kontraproduktiv.

Die Oppositionsparteien stimmen den LINKEN schon so manches Mal zu, und auch Kooperation ist möglich. Wenn es jedoch offiziell wird, bleiben leider auch die anderen Oppositionsfraktionen immer noch der alten, undemokratischen und unparlamentarischen Manier verhaftet, unsere Existenz im Bundestag zu übersehen.

Bei den Fraktionen der Regierungskoalition ist hinter vorgehaltener Hand auch schon mal das Wort „Antragshygiene“ zu hören. Das ist nun wirklich Kalter Krieg in den Köpfen. DIE LINKE ist mit 76 Abgeordneten nicht mehr die kleinste Fraktion in diesem Bundestag. Darüber sollten die anderen einmal nachdenken. An dieser Stelle fällt mir das Zitat des US-Amerikaners Luther Burbank ein: „Wer nicht gerne denkt, sollte wenigstens von Zeit zu Zeit seine Vorurteile umgruppieren.“ Zumindest die Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollten das mal probieren.

Demokratie bei Stuttgart 21 beginnt mit Baustopp

von Dr. Dagmar Enkelmann

Die heftige Auseinandersetzung um Stuttgart 21 bestimmte in dieser Woche auch den Bundestag. In der Aktuellen Stunde wurde von der LINKEN klar gefordert: Der Abriss-Stopp nur am Südflügel reicht nicht, jetzt muss sofort ein genereller Baustopp her. Das ist die Mindestbedingung für ernsthafte Gespräche zwischen der Landesregierung und den Projektgegnern. Ohne Baustopp ist auch die Ankündigung der Bundeskanzlerin, die Landtagswahl im März zu einem Volksentscheid über Stuttgart 21 zu machen, nur leeres Gerede. Selbst die Einsetzung eines Vermittlers wie Heiner Geißler macht nur Sinn, wenn es Alternativen gibt, über die man sich einigen kann.

Bei der Auseinandersetzung geht es vor allem auch um den Umgang mit Demokratie. Nicht erst seit gestern wird gegen Stuttgart 21 protestiert. Diese Argumente konnte man bislang beiseite wischen. Die Erfahrung ist aber auch: Gehen dann die Baumaßnahmen konkret los, werden Bäume gefällt, wirkt das zusätzlich mobilisierend. "Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger sammeln gerade im Verkehrsbereich die Erfahrung: Sie können sich engagieren, Unterschriften zusammentragen, Briefe schreiben, Demos organisieren, aber entschieden

wird letztlich ohne sie." Diese Worte habe ich 1992 in der Debatte um das Schienenausbaugesetz im Bundestag gesagt. Sie sind heute leider genauso aktuell wie damals. Die Demokratie ist jetzt aufgefordert, auf die Proteste in Stuttgart zu reagieren - und das nicht mit Polizeigewalt.

Eine immer größere Zahl von Menschen fragt sich, warum für ein so zweifelhaftes Projekt bis zu 10 Milliarden Euro ausgegeben werden sollen - zugleich aber beim Nahverkehr gestrichen und beim BAföG geknausert wird, warum Elterngeld und Heizkostenzuschüsse gekürzt und Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher mit 5 Euro abgespeist werden. Über solche grundlegenden Fragen müssen die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlterminen befinden dürfen. DIE LINKE ist deswegen für bundesweite Volksentscheide, für eine attraktive Demokratie.

Direkt im Parlament will DIE LINKE einen dauerhaften Baustopp erreichen, indem im Bundeshaushalt 2011 die entsprechenden Mittel gesperrt werden. Dazu bringt DIE LINKE jetzt im Rahmen der Haushaltsdebatte den Antrag ein, im Einzelplan 12 die Ausgaben für die Neu- und Ausbaustrecke Stuttgart-Ulm-Augsburg, für die Neubaustrecke

Wendlingen-Ulm sowie für Stuttgart 21 zu sperren. Die Bundesregierung wird auch aufgefordert, sich umgehend mit der DB AG auf eine deutlich kostengünstigere Neuplanung zu einigen.

Die Bundesregierung erklärt zwar, Stuttgart 21 sei ein Projekt des Landes Baden-Württemberg und der Deutschen Bahn AG - das entspricht aber nicht den Tatsachen. So stellt ein Bericht des Bundesrechnungshofs vom Oktober 2008 unmissverständlich fest, dass der Bund mit 2,553 Milliarden Euro die "Hauptlast" der Finanzierung trägt. Der großdimensionierte Aus- und Neubau der Bahnstrecke von Augsburg über Ulm nach Stuttgart steht als Projekt des vordringlichen Bedarfs seit 1993 im Schienenwegeausbaugesetz. Auch Rot-Grün bestätigte bei der Überarbeitung des Gesetzes im Jahr 2004 dieses Ausbauprojekt und sagte damit auch "Ja" zu Stuttgart 21. Die Finanzierungsvereinbarung für das Projekt hat der ehemalige SPD-Verkehrsminister Tiefensee unterschrieben. Spätestens 2009 hätte der Bedarfsplan - wie gesetzlich vorgeschrieben - erneuert werden müssen. Dies ist, trotz vieler Aufforderungen seitens der LINKEN, aber bis heute ausgeblieben. Auch dazu prüft DIE LINKE parlamentarische Initiativen.

Bahnchef Grubes WIDERSTANDSRECHT



Bild: pixello/Jens Zehnder

von Wolfgang Nešković

Stuttgart 21 schlägt anhaltend hohe Wellen. Bei den Demonstrationen im Stuttgarter Schlosspark ist die Situation jüngst eskaliert. Die Polizei setzte Knüppel und Wasserwerfer gegen demonstrierende Bürgerinnen und Bürger ein. Ein entsetzliches Bild - und ein vorläufiger Tiefpunkt in der Auseinandersetzung zwischen der Regierung Mappus und den Stuttgarter Demonstranten.

Angesichts dessen positioniert sich nunmehr auch der Chef der Bahn, Rüdiger Grube. In der Ausgabe der Bild am Sonntag vom 3. Oktober 2010 sagt er, gegen Stuttgart 21 gäbe es kein „Widerstandsrecht“. Grube unterstellt den Stuttgarter Demonstranten, unbefugt ein Widerstandsrecht wahrzunehmen. Mit seinen Äußerungen zeigt er ein fehlgeleitetes Demokratieverständnis. Der Manager missbraucht den Widerstandsbegriff. Das Grundgesetz (Art. 20, Abs. 4) gibt den Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden, der versucht, die verfassungsrechtliche Ordnung zu beseitigen. So schlimm aber stehen die Dinge in Stuttgart nicht. Was dort stattfindet, ist der schlichte Gebrauch der für unsere Demokratie konstitutiven Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

In einer Demokratie ist es selbstverständlich, dass die Bürger Entscheidungen ihrer Volksvertreter kritisieren und dagegen protestieren. Denn die Demokratie des Grundgesetzes lebt vom ständigen Wandel. Das schließt auch die Auswechslung des Bahnchefs ein. Die Verfassung schützt die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Bürger nicht zuletzt deshalb, um einer unbeweglichen Politik bei Bedarf Druck zu machen.

Die deutsche Politik hat die Finanz- und Realindustrie mit Milliardenausgaben vor dem Kollaps bewahrt. Der breiten Masse hingegen hat sie mit ihren Sparpaketen drastische Einbußen aufgebürdet. Die Demonstranten in Stuttgart wissen: Jetzt ist nicht die Zeit für milliardenschwere Großprojekte. Es ist vielmehr höchste Eisenbahn, die staatliche Ausgabenpolitik von ihren Gerechtigkeitsmängeln zu befreien. Glitzernde Bahnhöfe erfreuen lediglich die Geschäftspartner und Aktionäre der Bahn. Die ganz breite Masse der Menschen aber hat nichts von der neuen Pracht. Die politische Lösung kann deshalb nur über einen Baustopp und gegebenenfalls einen Volksentscheid erfolgen. Dazu wird auch das Ergebnis der Landtagswahl im kommenden Jahr beitragen.



Bild: flickr.com

Reden

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.



Biologische Vielfalt ist nicht von der Steuer absetzbar

Sabine Stüber, Rede vom 7.10.2010

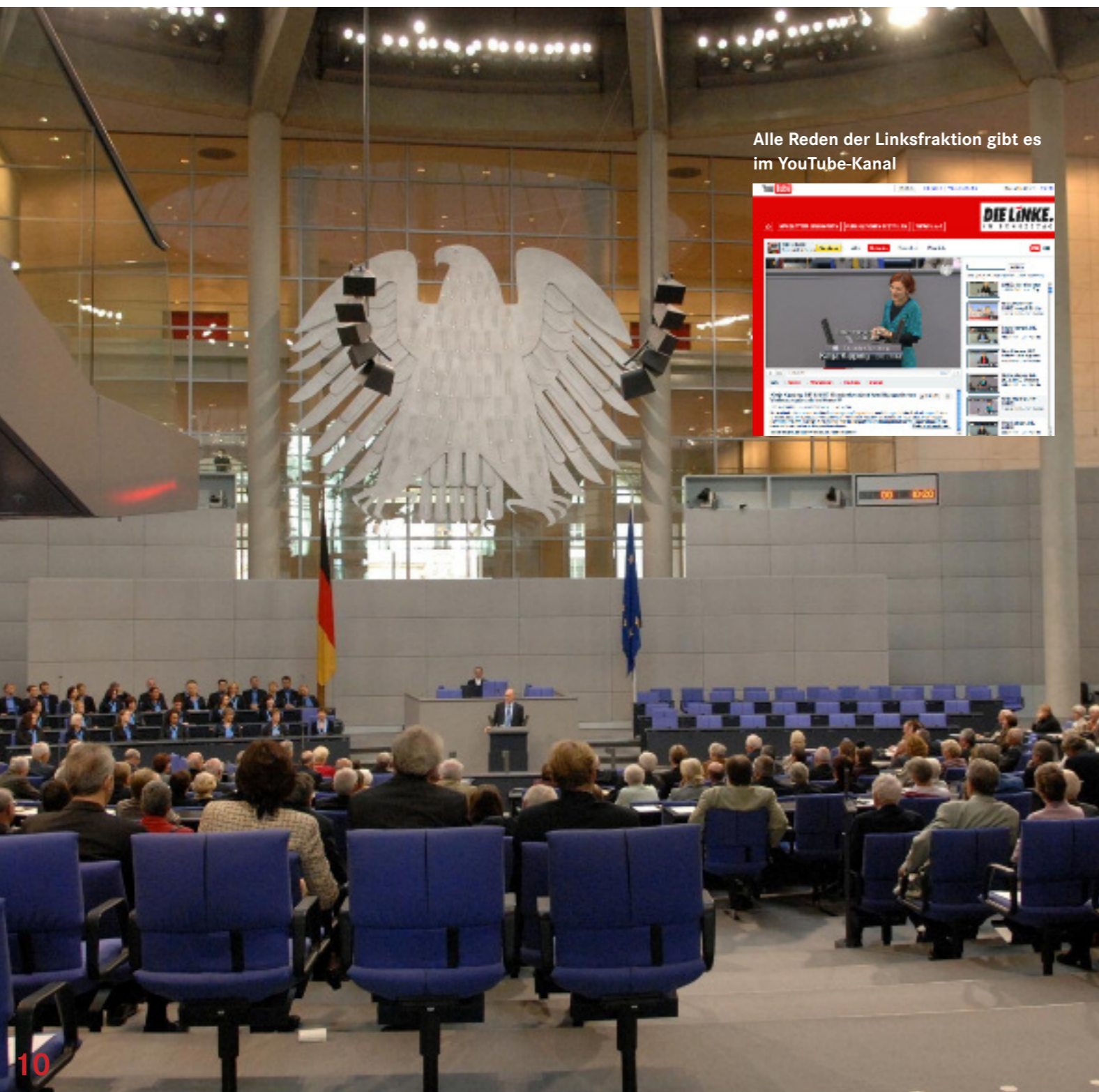
In Ihrer Rede begrüßt Sabine Stüber im Grunde den Antrag. Kritisiert aber vehement den mangelhaften Einsatz der Bundesregierung auf diesem Gebiet, die Ausgrenzung der Fraktion DIE LINKE bei der Erarbeitung des Antrags sowie inhaltlich den Versuch, Naturgüter zu reinen Geldwerten zu machen.



Historische Chance nicht verspielen

Thomas Nord, Rede vom 8.10.2010

Serbien hat ein Aufnahmeverfahren ohne zusätzliche Hürden verdient. Die Beitrittsverhandlungen dürfen nicht mit der Forderung nach Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo verknüpft werden. Wer das tut, gefährdet die historische Chance einen sehr alten Konflikt, welcher viel Leid verursacht hat, dauerhaft zu beenden. Miene.



Alle Reden der Linksfraktion gibt es im YouTube-Kanal



Pressemitteilungen

Bewegung beim BAföG, Stillstand bei den Kosten der Unterkunft Dagmar Enkelmann, 6.10.2010



„Bewegung beim BAföG im Vermittlungsausschuss, aber Stillstand bei den Kosten der Unterkunft. Dabei sind letztere seit Monaten zwischen Bund und Ländern strittig. Die Bundesregierung mauert hier nach wie vor und schön die finanzielle Situation der Kommunen“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur gestrigen Sitzung des Vermittlungsausschusses, bei dem erneut keine Einigung bei den Kosten der Unterkunft erzielt wurde. Dagmar Enkelmann fährt fort:

„Mit dem Argument, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sinke, will der Bund weiterhin eine Lösung durchdrücken, die die Kommunen allein in diesem Jahr mit zusätzlich zwei Milliarden Euro belastet. Unberücksichtigt bleiben hierbei aber die deutlich steigenden Energiekosten, die allen Prognosen nach in den nächsten Jahren noch ansteigen werden. Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) müssen insbesondere die Bundesländer, die von SPD und Grünen regiert oder mitregiert werden, im Interesse der Kommunen ihren Druck auf den Bund erhöhen. Die rot-grüne Koalition hat die Formel für die KdU einst mit ausgehandelt - jetzt steht sie auch in der Verantwortung, dass es keine Regelung zu Lasten der Städte und Gemeinden geben darf.“

Für eine reguläre, menschenwürdig bezahlte Arbeit Sabine Stüber, 1.6.2010



Am 7. Oktober jährt sich wieder einmal der Welttag der menschenwürdigen Arbeit. Auch in Deutschland rufen Gewerkschaften zu Aktivitäten für die Grundrechte in der Arbeit auf. Die Bundestagsabgeordnete der LINKE, Sabine Stüber, erklärt dazu:

„In fast allen Ländern der Welt gibt es extreme Unterschiede im Arbeitseinkommen. Auch Deutschland als eine führende Industrienation, hat hier ein riesiges Manko, und die Schere zwischen Armut und Reichtum wird immer größer. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können trotz einer Vollbeschäftigung nicht von ihrem Arbeitslohn leben und sind auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen. Das ist in keiner Weise hinnehmbar. Die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist daher auch eines unserer Hauptanliegen. Auch muss die Rolle der Gewerkschaften wieder mehr an Gewicht gewinnen. Nur wenn alle Kräfte gebündelt werden, lassen sich wirkliche Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hierzulande erreichen. Wir als LINKE fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der es allen Menschen erlaubt, von ihrem Einkommen zu leben. 10 Euro pro Stunde sind hier das Maß, das spätestens in der nächsten Wahlperiode erreicht werden soll. Außerdem muss gleiche Arbeit auch mit gleichem Lohn bezahlt werden. Es kann nicht sein, dass der Leiharbeiter für die gleiche Tätigkeit deutlich weniger Lohn bzw. Gehalt bekommt, als sein festangestellter Kollege. Deshalb treten meine Partei und ich für eine Begrenzung der Leiharbeit ein. Den Menschen in unserem Land muss durch reguläre, menschenwürdig bezahlte Arbeit wieder eine Perspektive gegeben werden. Es ist unfassbar, wie den Bürgerinnen und Bürgern mit beschönigten Arbeitsmarktstatistiken eine heile Welt vorgegaukelt wird, in der beispielsweise Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV, die in einem Bewerbungstraining sind, nicht mehr in der Statistik auftauchen. Der DGB veranstaltet anlässlich des Welttags der menschenwürdigen Arbeit am gleichen Tag in Berlin eine Kapitalismuskonferenz unter dem Motto ‚Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden‘, an der ich auch teilnehmen werde.“

Bundesregierung verharmlost Amflora-Skandal Kirsten Tackmann, 8.10.2010



„Die Antwort der Bundesregierung entlarvt sie auch beim Thema Gentechnik als Konzern-Lobbyistin. Gleichzeitig täuscht sie die Öffentlichkeit. Auf EU-Ebene will sie gentechnikfreundlich die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen vereinfachen. Gleichzeitig will sie den Bundesländern unterschiedliche Abstandsregelungen zu Gentech-Äckern zugestehen. Was einerseits ihrem Parteifreund Söder erlaubt Genpflanzen von Bayrischen Äckern fern zu halten, öffnet zugleich gentechnik-freundlichen Ländern Tür und Tor, den Turbo für diese Risikotechnologie anzuschalten.“

Den wirklichen Problemen der Agro-Gentechnik stellt sich die Bundesregierung nicht. Dabei sind beim Amflora-Anbau in Mecklenburg-Vorpommern Probleme aufgetreten: die Kartoffeln waren virenbefallen, weder über die Ernte noch deren Verbleib liegen der Bundesregierung Informationen vor. Sie hält sich für nicht zuständig und versteckt sich stattdessen hinter den Landesbehörden. Doch für die Agro-Gentechnik-Politik in Deutschland ist die Bundesregierung verantwortlich und muss dafür auch in Brüssel geradestehen. Die zufällige Entdeckung, dass auf einem Amflora-Acker in Schweden die ebenfalls gentechnisch veränderte, aber in der EU nicht zugelassene Amadea-Kartoffel wächst, zeigt vor allem eines: Das Risiko einer unkontrollierten Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen ist nicht zu beherrschen. Die Koexistenz zwischen gentechnik- und gentechnikfreier Landwirtschaft bleibt ein Märchen. Denn wenn schon im Labor keine sichere Trennung der Pflanzen gewährleistet ist, wird das bei Ernte, Transport, Verarbeitung und Handel noch viel weniger sicher sein. Das zeigt das hohe Risiko, das in Kauf genommen wird und die mangelnde Zuverlässigkeit der BASF. Trotzdem sieht die Bundesregierung hier keinen politischen Handlungsbedarf. ZUM WEITERLESEN BITTE HIER KLICKEN



Alle Pressemitteilungen finden Sie auch immer aktuell auf der Website der Linksfraktion www.linksfraktion.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

Rückblick: Parlamentarische Arbeit der LINKSFRAKTION in dieser Sitzungswoche

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.

Anträge

6.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3186

Konzept für die Bewahrung kulturhistorisch bedeutsamer Kunst am Bau der jüngeren Zeit entwickeln

Die Bundesregierung wird aufgefordert konzeptionelle Grundlagen für einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Kunstbesitz der jüngeren Zeit, der seinen bau- oder institutionenbezogenen Kontext verliert, zu schaffen, eine Übersicht über den Bestand der nach 1945 geschaffenen baubezogenen Kunstwerke zu erarbeiten und dazu im Zusammenwirken mit den Ländern ein flächendeckendes, interdisziplinär vernetztes Rechercheprojekt auf den Weg zu bringen.

@

6.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3188

Für eine Normalisierung der Beziehungen der Europäischen Union zu Kuba

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich einer Normalisierung der Beziehungen der EU zu Kuba, wie sie von einigen Mitgliedsstaaten und der derzeitigen Präsidentschaft angestrebt wird, nicht weiter zu verschließen und der Aufhebung des sog. "Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Kuba" von 1996 zuzustimmen. Außerdem fordert DIE LINKE den Einsatz für die Freilassung der 5 in den USA inhaftierten Kubaner, die als "Cuban 5" bekannt geworden sind.

@

6.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3189

Arbeit familienfreundlich gestalten

Die Rechte von Eltern gegenüber ihrem Arbeitgeber müssen gestärkt werden. Viel zu oft sind sie den Wünschen der Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert und stehen dann vor der Wahl Familie oder Beruf. Gerade für Frauen bedeutet dies ein hohes Risiko in klassische Familienmodelle gedrängt zu werden. Die Aufgabe, Familie und Beruf zu vereinbaren, darf nicht alleine den Eltern aufgebürdet werden. Daher müssen die Arbeitgeber verpflichtet werden, Eltern zu ermöglichen Familie und Beruf zu vereinbaren.

@

6.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3205

Verpflichtung zur UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ einhalten – auf Gewalt in internationalen Konflikten verzichten

Zum 10-jährigen Bestehen der Resolution 1325 fordern wir einen nationalen Aktionsplan. Frauenrechte dürfen nicht weiter zur Legitimation militärischer Interventionen missbraucht werden. Nur durch die Umsetzung ziviler Maßnahmen in Kriegs- und Konfliktsituationen kann das Versprechen der Resolution 1325 wirklich eingelöst werden. Es bedarf einer Weiterentwicklung der Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen, in der sich Unterzeichnerstaaten zu striktem Gewaltverzicht verpflichten.

@

7.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3214

Sozialen Fortschritt und regionale Integration in Lateinamerika unterstützen

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert das neue Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung, das das Interesse der deutschen Wirtschaft an weiterer Marktöffnung und Zugang zu Rohstoffen in den Mittelpunkt der Beziehungen rückt und den sozialen und demokratischen Aufbruch in Lateinamerika ignoriert bzw. verunglimpft, und fordert einen neuen Ansatz, der die in Lateinamerika erzielten sozialen Fortschritte und die regionale Integration unterstützt und Lehren für die eigene Politik daraus zieht.

@

7.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3215

Wirksamere Bedarfsplanung zur Sicherung einer wohnortnahen und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung

Für die wohnortnahe Gesundheitsversorgung aller benötigen wir eine umfassende Bedarfsplanung mit Analyse, Planung und die Umsetzung des Bedarfs. Die jetzige Bedarfsplanung wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Es fehlt an der Analyse des Bedarfs, die Planung erfolgt oft zu grobmaschig, undifferenziert, getrennt nach Sektoren - ambulant/stationär - und die Umsetzung scheitert an den Interessen der Beteiligten. So entsteht Über-, Unter- und Fehlversorgung. Der Antrag bietet dazu Lösungen.

@

7.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3216

Abstimmung über das neue strategische Konzept der NATO

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde 1999 das strategische Konzept der NATO beschlossen. Es hatte weitreichende Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik und das Aufgabenspektrum der Bundeswehr. Mit dem Antrag fordern wir eine Beteiligung des Bundestages und damit der Öffentlichkeit an der Entscheidung über das neue strategische Konzept, das im November 2010 vom NATO-Rat beschlossen werden soll.

@

7.10.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3217

Auch Verletztenrente von NVA-Angehörigen der DDR anrechnungsfrei auf die Altersrente stelle

Angehörigen der Nationalen Volksarmee, die wegen einer erlittenen Schädigung bei der NVA eine Verletztenrente erhalten, wird diese Rente beim Bezug von Altersrente angerechnet. Bei Dienstbeschädigten der Bundeswehr geschieht das nicht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Schlechterstellung der NVA-Angehörigen zu beseitigen.

@

Anfragen

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3018

Haltung der Bundesregierung zu Massen-Abschiebungen von Roma aus Frankreich

Die massenhaften Abschiebungen von Roma aus Frankreich in ihre europäischen Herkunftsstaaten hat in Frankreich selbst und international für Empörung gesorgt. Die Bundesregierung hat auffällig geschwiegen und sich zu keinem Zeitpunkt deutlich geäußert. DIE LINKE fordert die Bundesregierung in dieser Anfrage auf, Stellung zu beziehen und auch ihre eigenen Bemühungen zum Kampf gegen Antiziganismus darzustellen.

@



Bild: pixello/Dieter Schütz

Anträge, Anfragen & Initiativen

Rückblick: Parlamentarische Arbeit der LINKSFRAKTION in dieser Sitzungswoche

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3094

Die europäische Saisonarbeiterrichtlinie – Positionierung der deutschen Bundesregierung in den anstehenden Verhandlungen

Die Kommission hat im Juli den Vorschlag für eine europäische Saisonarbeiterrichtlinie vorgelegt, mit der die saisonale Beschäftigung Drittstaatsangehöriger in der EU erleichtert und ihre Rechte gestärkt werden sollen. Kritisch zu sehen sind hieran sowohl das Migrationskonzept als auch die sozialpolitischen Auswirkungen.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3097

Kunst am Bau für den Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI)

Wir fragen die Bundesregierung wie sie eine konsequente Anwendung der geltenden Regelungen für Kunst am Bau beim Flughafenneubau BBI sichert. Nach unseren Informationen ist deren Anwendung bei diesem Großvorhaben nicht gesichert, so bleibt z.B. die für Kunst am Bau vorgesehene Summe weit unter den in der "Kunst am Bau"-Richtlinie enthaltenen Vorgaben.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3098

Durchführung von Erörterungsterminen bei Planfeststellungsverfahren von Bundesverkehrswegen

Im Zuge der Einschränkung der Beteiligungsrechte von BürgerInnen durch die Große Koalition wurde der Erörterungstermin, bei dem die planende Behörde auf die Einwände eingehen musste, ins Ermessen der Behörde gestellt. In vielen Fällen wurden seitdem keine Erörterungstermine mehr durchgeführt. Wir wollen wissen, nach welchen Kriterien dies erfolgte, denn zu befürchten ist, dass es meist darum geht, sich mit unliebsamen Einwänden nicht auseinandersetzen zu wollen.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3136

Verringerung der Kapazität durch Stuttgart21

Stuttgart21 wird zu Recht von der Bevölkerung abgelehnt. Die Kosten in Höhe von wahrscheinlich 9, eventuell sogar 11 Milliarden Euro sind gigantisch. Demgegenüber stehen nur marginale Verbesserungen für den Schienenverkehr. Der Bahnhof soll statt bisher 17 künft nur noch 8 Gleise haben, einige Verbindungen müssen wegfallen. Im Falle einer solchen Kapazitätsreduzierung ist aber ein förmliches Stilllegungsverfahren nötig, auf das – nach Anweisung des Verkehrsministeriums ? – aber verzichtet wurde.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3137

Entschädigung und Versorgung für Strahlengeschädigte in den alten und neuen Bundesländern

Soldaten der Bundeswehr waren bis 1986 und Soldaten der NVA bis 1990 Radarstrahlen ausgesetzt, die zu Krebserkrankungen führen. Trotz der relativ klaren Vorgaben des sog. Radar-Berichtes von 2003 ist bislang der Großteil der Entschädigungs- und Versorgungsanträge nicht oder abschlägig behandelt worden. Die Untätigkeit sämtlicher Bundesregierungen gibt Anlass zur Sorge, dass die Betroffenen sterben, bevor ihnen eine angemessene Anerkennung und Entschädigung zuteil wird.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3144

Evaluierung von Sicherheitsgesetzen, Befugnissen, Sicherheitsdateien und Kooperationszentren von Polizei und Nachrichtendiensten

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien eine ganze Reihe von Evaluierungsvorhaben für den Bereich der Inneren Sicherheit angekündigt. Bisher ist nichts geschehen. Ziel der Anfrage ist die Veröffentlichung einer verbindlichen Darstellung von Inhalten, Methoden und gesetzlichen Pflichten für eine Evaluierung von Sicherheitsgesetzen durch die Bundesregierung.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3163

Ausmaß der Steuerrückstände und des steuerlichen Mehrergebnisses durch die Betriebsprüfung

Steuermindereinnahmen können unter anderem aus Steuerrückständen, beispielsweise als Folge einer verschlechterten Zahlungsmoral, und aggressiven Steueroptimierungsstrategien resultieren. Als Maßnahme gegen letztere dienen unter anderem Betriebsprüfungen. DIE LINKE fragt daher die Bundesregierung, wie sich die Steuerrückstände und das vereinnahmte Mehrergebnis durch Betriebsprüfungen im Zeitablauf entwickelt haben und wie diese Entwicklung zu bewerten ist.

@

7.10.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3164

Sachstand „Löschen statt Sperren“

Die Koalition ist intern heftigst darüber zerstritten, wie nach der Aussetzung des Zugangerschwerungsgesetzes für zunächst ein Jahr weiter verfahren werden soll. Entgegen des im Koalitionsvertrag festgehaltenen Grundsatzes "Löschen statt Sperren" wollen CDU/CSU sowie das BKA Internetsperren um jeden Preis. Sie propagieren jetzt "Löschen und Sperren". Umgekehrt kritisiert die FDP erneute Sperrforderungen und weist auf Missstände in der Umsetzung von Löschmaßnahmen auf Seiten des BKA hin.

@

Entschließungsanträge

7.10.2010

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3237

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes

Der Einsatz von Opfern des politischen Unrechts in der DDR ist angemessen zu würdigen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung geht nicht weit genug, da danach nur finanziell Bedürftige anspruchsberechtigt sind. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird der damaligen Lebensrealität nicht gerecht

@



Bild: pixelio R. Wilferth



20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT EINE KURZE BILANZ

von Thomas Nord

Mehr als zwanzig Jahre ist es nunmehr her, dass hunderttausende Menschen in der DDR auf die Straße gingen, um ihrem Unmut und ihrer Enttäuschung Luft zu verschaffen. Unmut über eine starrsinnige Führungsebene, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollte und ihren Bürgerinnen und Bürgern nur wenige Freiheiten gestattete. Enttäuschung über das damit verbundene politische System, welches letztlich seine Niederlage eingestehen und den Weg für einen friedlichen Wandel freimachen musste.

Auch ich überlegte, wie eine bessere DDR gestaltet werden kann. Die Volkskammerwahlen von 1990 beendeten jedoch diesen Prozess. Eine Mehrheit der DDR-Bürger wollte die Deutsche Einheit sofort. Unvergessen wird mir dazu aber Gregor Gysis Rede in der Volkskammer bleiben. In dieser verlieh er seiner Überzeugung Ausdruck, dass es eine Illusion sei zu glauben, ein bloßer Beitritt löse alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme.

Vielfältig sind die Ansichten, wie das Zustandekommen dieser Einheit zu bewerten ist. Von Anschluss, wie es erst kürzlich der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck formulierte, über Beitritt, Wiedervereinigung bis hin zu Annexion ist dabei die Rede. Bleiben wird für viele Ostdeutsche der Eindruck, dass ihnen ein Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungssystem verordnet wurde, welches in vielerlei Hinsicht nicht für den Osten geeignet war. Ein System, welches alle Erfahrungen der DDR konsequent ignorierte und zur fast vollständigen Deindustrialisierung der neuen Bundesländer führte. Hinzu kamen häufig Überheblichkeit und Arroganz gegenüber den Leistungen der hier lebenden Menschen. Nie werde ich in diesem Zusammenhang die unanständige und entwürdigende Behandlung Stefan Heyms in seiner Funktion als Alterspräsident des Deutschen Bundestages vor allem durch die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP vergessen.

Interessant ist jedoch, was aus den versprochenen, gerne zitierten „blühenden Landschaften“ geworden ist. Vor allem stellt sich die Frage, wie die hier lebenden Menschen selbst, aber auch unsere Mitbürger aus dem Westen die deutsche Einheit beurteilen. Vor wenigen Wochen erschien dazu der vom Bundesverband der Volkssolidarität in Auftrag gegebene Sozialreport 2010. Anhand einer repräsentativen Umfrage stellte er fest, dass nur 47 % der Bürgerinnen und Bürger in den alten Ländern und lediglich 17 % in den neuen Bundesländern die Einheit als im Wesentlichen erreicht ansehen. Von jenen, die arbeitslos oder abhängig von staatlichen Leistungen sind, sehen sich 52 % der Menschen im Osten und 50 % im Westen gar als Verlierer der Einheit. Die DDR von einst wollen jedoch in allen Landesteilen nur die Wenigsten zurückhaben. Die Studie zeigt weiter, dass zwar die Mehrheit in der Bundesrepublik mit dem eigenen Leben zufrieden ist – aber mehr als die Hälfte von ihnen erwartet gerade im sozialen Bereich weitere Verschlechterungen. Dabei sind die Deutschen nicht unzufrieden mit der Demokratie als solcher, ihr Vertrauen in die Politik und ihre Institutionen ist aber gering. Auch andere Untersuchungen, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden, kommen zu ähnlichen Schlüssen.

Aus diesen Erhebungen wird deutlich, dass die Angleichung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen problembehaftet bleibt. Mehr noch, dass den bisher regierenden Parteien in diesen zentralen Fragen der Wille fehlt. So werden in einigen Bereichen und Branchen jetzt auch in Deutschland nach und nach Mindestlöhne – wie sie in fast allen anderen EU-Staaten bereits flächendeckend existieren – eingeführt. Dies ist auf den politischen Druck der LINKEN, aber natürlich auch auf andere Parteien und die Gewerkschaften zurückzuführen. Allerdings, betrachtet man die Beschlüsse einmal genauer, so gelten beispielsweise seit dem 1. August Mindestlöhne für Pflegekräfte in Höhe von 8,50 € im Westen unseres Landes. Im Osten sind es aber nur 7,50 €. Dass die Lohn- und Gehaltsstatistik aller Arbeiter und Angestellten in Ost und West prozentual noch größere Unterschiede aufweist, ist dabei nur ein schwacher Trost. Auf die spätere Rentenhöhe wird sich dies in jedem Fall auswirken. Man darf also gespannt sein, wie die Kanzlerin aus dem brandenburgischen Templin anlässlich der Feierlichkeiten zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit den Menschen diese Ungleichheit erklärt. Erklärt, warum es neben den schon bestehenden Lohn- und Gehaltsunterschieden nun auch unterschiedliche Mindestlöhne in Ost und West gibt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, es ist auch eine Frage der strukturellen Entwicklung der gesamten Bundesrepublik. Die schlechtere Bezahlung im Osten ist schließlich ein wesentlicher Grund dafür, dass weiterhin junge und gut ausgebildete Menschen Alters aus den ostdeutschen Bundesländern abwandern und es dort immer größere strukturelle und demographische Probleme gibt. In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass trotz der Abwanderung hier noch immer eine fast doppelt so hohe Arbeitslosigkeit existiert.

Diese Beispiele zeigen, dass die deutsche Einheit unvollendet ist. Trotz der positiven Entwicklungen in vielen Bereichen steht die Frage der Gerechtigkeit deutlich im Vordergrund. Eine tatsächlich sehr gut ausgebaute Infrastruktur, die vielen sanierten Innenstädte, die vielfältigen Freiheiten und Möglichkeiten zu reisen sind Dinge, die heute niemand mehr missen möchte. Es wächst jedoch die Zahl derjenigen, die diese Möglichkeiten immer weniger nutzen können. Sie verfügen nicht über das erforderliche Einkommen und werden so sozial ausgegrenzt. Dieser Konflikt beschränkt sich beileibe nicht nur auf den Osten des Landes. Doch aufgrund der strukturellen Situation wirkt er hier stärker und tiefgreifender. Für mich, meine Fraktion und für die gesamte LINKE ist und bleibt es daher die Verpflichtung, auf die genannten und andere bestehende Missstände tagtäglich hinzuweisen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung aufzuzeigen.

Thomas Nord
Landesvorsitzender

Kontakt



Die gewählten Abgeordneten des Landesverbands DIE LINKE Brandenburg bilden eine Landesgruppe. Zur Landesgruppe Brandenburg gehören (v.l.) Wolfgang Neskovic, Dagmar Enkelmann, Kirsten Tackmann, Thomas Nord, Sabine Stüber, Diana Golze. Thomas Nord hat die Funktion des Sprechers der Landesgruppe übernommen.

Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de



Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Diana Golze



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 5311
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Sabine Stüber



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de
Wahlkreisbüro in Fürstenwalde
Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!

Der nächste Bundestagsreport erscheint am 29. Oktober 2010.



Impressum

- Deutscher Bundestag - Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; - Platz der Republik 1; 11011 Berlin

Tel.: (030) 227-72675; Fax: (030) 227-76675; E-Mail: dielinke-landesgruppe-brandenburg@bundestag.de